Hinweiszettel

Anfrage/Anregung
aus der nichtöffentlichen Sitzung des Rates der Stadt Rheine am 02.10.2012

Name:	Datum:
Mitglied des:	
<p>21.1. Datenschutz im E-Mailverkehr der Stadtverwaltung</p> <p>2:06:10</p> <p>Herr Niehues trägt die als <u>Anlage 2</u> dieser Niederschrift beigefügte Anfrage zum Datenschutz im E-Mailverkehr der Stadtverwaltung vor. Während seines Vortrages wird Herr Niehues auf Hinweis von Herrn Kuhlmann durch Frau Dr. Kordfelder auf die Bestimmungen des Datenschutzes hingewiesen, die auch für Anfragen von Ratsmitgliedern gelten würden.</p> <p>Nachdem Herr Niehues seine Ausführungen beendet hat, drückt Frau Dr. Kordfelder ihr Bedauern darüber aus, dass eine solche Anfrage über verwaltungsinterne und datenschutzrechtliche Angelegenheiten in öffentlicher Ratssitzung gestellt worden sei, zumal die Verwaltung bereits auf eine vorherige E-Mailanfrage von Herrn Niehues hierauf geantwortet habe. Es wäre aus ihrer Sicht wünschenswert gewesen, wenn Herr Niehues wegen weitergehender Fragen noch einmal den unmittelbaren Kontakt mit der Verwaltung gesucht hätte. Unabhängig davon könne Herr Niehues zur Kenntnis nehmen, dass der Personalrat ebenso wie der Landrat in dieser Angelegenheit eingeschaltet gewesen seien.</p> <p>Die Verwaltung werde die heute gestellte Anfrage schriftlich beantworten.</p> <p>Frau Fehrmann weist ergänzend darauf hin, dass auch sie der Bürgermeisterin eine E-Mail geschrieben habe, die dann zur vertraulichen Kenntnisnahme an Herrn Roscher weitergeleitet worden sei. Dieser habe diese E-Mail dann an alle Fraktionsmitglieder versandt. Insofern unterstütze sie die Forderung nach einem verantwortungsvolleren Umgang mit persönlichen und vertraulichen E-Mails.</p>	

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
FB 7- EI

Rheine, 19.10.2012

Von der Verwaltung auszufüllen!

FB 7

im Hause

mit der Bitte um unverzögliche weitere Veranlassung bzw. Bearbeitung und urschriftliche Mitteilung an den Fachbereich 7 über das Veranlasste **bis spätestens zum 26.11.12** übersandt.

Sollte dem/der Unterzeichner(in) bis zum o. g. Termin bzw. bis montags vor der nächsten Sitzung keine Rückantwort vorliegen, wird in dem entsprechenden Gremium berichtet, dass seitens des Fachbereiches **keine** Stellungnahme abgegeben wurde.

Im Auftrag

gez. Theo Elfert

Von der Verwaltung auszufüllen!

Fachbereich 7
im Hause

Stellungnahme

- Angehängte Anfrage/Anregung wurde erledigt durch
- telefonische Mitteilung an Antragsteller(in)
 - schriftliche Nachricht an Antragsteller(in) – siehe Anlage
- Eine unverzügliche Erledigung ist nicht möglich, weil ...
(weiteres beabsichtigtes Verfahren)

- Antragsteller(in) wurde schriftlich/telefonisch in diesem Sinne informiert. Die Stellungnahme wird so schnell wie möglich nachgereicht.
- Der Einladung zur Sitzung soll folgende Stellungnahme beigefügt werden:

Auf die in öffentlicher Ratssitzung am 02. Oktober 2012 gestellt Anfrage hat die Verwaltung – wie in der Sitzung zugesagt – Herrn Niehues mit Schreiben vom 05.10.2012 geantwortet. Dieses Antwortschreiben ist am gleichen Tag auch allen Ratsmitgliedern per Mail zugestellt worden.

Bereits mit Schreiben vom 03.10.2012 hatte Herr Niehues den Landrat als untere kommunale Aufsichtsbehörde über den Sachverhalt informiert und um Prüfung gebeten.

Aufgrund der Aufforderung des Landrates vom 11.10.2012 hat die Verwaltung mit Schreiben vom 24.10.2012 zu den Vorwürfen von Herrn Niehues gegenüber dem Landrat Stellung bezogen.

Das Prüfungsergebnis hat der Landrat Herrn Niehues mit Schreiben vom 28.11.2012 mitgeteilt und es gleichzeitig der Bürgermeisterin per Mail zur Verfügung gestellt.

In diesem Schreiben kommt der Landrat zu der Einschätzung, „dass das Vorgehen der Bürgermeisterin der Stadt Rheine nicht zu beanstanden ist.“

Grundsätzlich ist es der Bürgermeisterin der Stadt Rheine vorbehalten, den Geschäftsgang der Verwaltung zu leiten und zu beaufsichtigen (§ 62 Abs. 1 GO NRW). Bezogen auf die internen Abläufe gehört dazu nach allgemeiner Ansicht ein umfassendes Organisations- und Weisungsrecht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung. Daraus folgt nicht zuletzt die Befugnis der Bürgermeisterin, die Internet- und E-Mail-Nutzung seitens der Verwaltungsbediensteten zu regeln, was meines Erachtens die grundsätzliche Befugnis einschließt, zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Verwaltungsablaufs Maßnahmen wie die in Frage stehende Namensscannung anzuordnen.“

Weiterhin geht der Landrat in seinem Schreiben auf etwaige Verletzungen nach dem Telekommunikationsgesetz und dem Telemediengesetz ein und kommt hier zu dem Ergebnis, dass aufgrund der bei der Stadt Rheine bestehenden Dienstanweisung über die ausschließlich dienstliche Internetnutzung „die rechtlichen Vorgaben des TKG und des TMG nicht zur Anwendung kommen.“